



STANDPUNKT

Teilen für eine bessere Zukunft

focus 4/17
Juni



Aurore Bui

Gründerin von Softweb,
einem Netz für soziale
Innovation, Stiftungsrätin
bei der «Fondation des
Terrains Industriels»

Dank der neuen Technologien hat sich die Sharing Economy, die vor 30 Jahren in den USA entstand, in den letzten Jahren rapide entwickelt. Ob als Wirtschaft des Teilens, Kreislaufwirtschaft oder Peer-to-Peer-Wirtschaft – die Sharing Economy revolutioniert unser Konsumverhalten und schafft neue Wirtschaftsmodelle. Die Sharing Economy macht von sich reden, weil sie Grenzen verschiebt und manchmal auch überschreitet – dabei ist ihr Zweck doch eigentlich per definitionem gemeinsamen Wert zu erschaffen. So haben Uber und Airbnb eine grosse Kontroverse ausgelöst.

Warum? Zunächst einmal «verstossen» diese Wirtschaftsmodelle gegen die herkömmlichen Regeln der Wirtschaft. Sie bewegen sich an der Grenze dessen, «was sich gehört» und im Grenzbereich existierender Gesetze. Beim Coworking beispielsweise wird mit der gemeinsamen Nutzung des Arbeitsplatzes das herkömmliche Modell auf den Kopf gestellt: Bei der Vermietung von Büroräumen stehen eine kurze Mietdauer, Wirtschaftlichkeit und «Flexibilität» im Vordergrund. Dies steht jedoch im Gegensatz zum klassischen System, bei dem ein Eigentümer oder eine Immobiliengesellschaft den Unternehmen die Vermietung und Belegung der gesamten Räumlichkeiten anbietet und sich dabei um-

fassend absichert (Mietverträge mit langer Laufzeit, hohe Kauttionen).

Ausserdem – und obwohl die kollaborative Wirtschaft eigentlich auf dem Peer-to-Peer-Prinzip (Zusammenarbeit von Privatpersonen) beruht – verfolgen die Gründer von Internetplattformen teilweise einen rein geschäftlichen Ansatz, der mit der Schaffung von Gemeingut oftmals nicht vereinbar ist. So ist Uber durch die Liberalisierung des Taxi-Marktes für die selbstständig tätigen Fahrer zu einem «weiteren Arbeitgeber» geworden, der ihnen zwar eine Beschäftigung, jedoch keine geregelten Arbeitsbedingungen bietet.

Was ich mir für die Zukunft wünsche? Dass die kollaborative Wirtschaft wieder das wird, was sie sein kann und sein muss: eine Chance zur Schonung ökologischer Ressourcen, zur Entwicklung aktiver Gemeinschaften und zur Unterstützung der Wirtschaft. Zumal die Schweizerinnen und Schweizer einer Deloitte-Studie zufolge mehrheitlich vom Prinzip des Mietens/Leihens überzeugt sind.

In diesem Sinne spielen die Gemeinden eine Schlüsselrolle, wenn es um die Vereinfachung dieses Austauschs in den örtlichen Gemeinschaften geht. Gemäss den Empfehlungen der vom Bund ins Leben gerufenen Impulsgruppe «Dialog Grüne Wirtschaft» bietet gerade die kollaborative Wirtschaft dank Zusammenarbeit und Innovation Chancen, um natürliche Ressourcen besser zu nutzen.

Liebe Leserin, lieber Leser

Autos, Unterkünfte, Arbeitsplätze oder Gegenstände – dank den Möglichkeiten der Digitalisierung teilen wir heute immer mehr als zu kaufen. In den Städten, wo viele Leute zusammenleben und das Angebot stetig wächst, ist Sharing besonders attraktiv geworden.

Welche Rolle kommt der öffentlichen Hand in dieser Entwicklung zu? Sollen sich Stadtverwaltungen möglichst innovativ digitalisieren oder eher damit zuwarten? Wie gehen sie mit neuen Akteuren im Markt um? Und welche Strategien braucht es, damit Städte und Gemeinden von der Sharing-Welle profitieren und sogar eine Vorbildrolle beim Teilen einnehmen können?

Klar ist: «ShareCity» wird man nicht auf Knopfdruck, wie Prof. Dr. Dominik Georgi in dieser focus-Ausgabe festhält. Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Es ist sinnlos, sich gegen diesen neuen Lebensstil aufzulehnen»


Laurent Wehrli
Stadtpräsident von Montreux

Laurent Wehrli wurde am 4. Juni 1965 in Montreux geboren, hat ein Lizenziat in Geisteswissenschaften, ist von Beruf Journalist und zudem Vater von fünf Kindern sowie Grossvater von zwei Enkelkindern. Im Jahr 2000 wurde er in den Stadtrat von Montreux gewählt, ein Jahr später zum Stadtpräsidenten. Dieses Amt übt er neben seinem Mandat als Nationalrat, das er seit 2015 inne hat, nach wie vor aus. Zudem war er von 2002 bis 2015 Grossrat des Kantons Waadt und von 2013-2014 auch Grossratspräsident. Des Weiteren ist er Vizepräsident des Tourismusbüros des Kantons Waadt und Mitglied im Vorstand von Montreux-Vevy Tourismus.

Wann haben Sie das letzte Mal etwas geteilt, anstatt es zu kaufen?

Unseren Rasenmäher und unseren Rasentrimmer habe ich einem Nachbarn geliehen. Zudem sind einige meiner Modelleisenbahnen bei einem Freund zur Ausleihe. Er lässt sie gerne auf seiner Modellbahnanlage fahren, was die Bahn abwechslungsreicher und reizvoller macht.

Dieses Jahr steht der Städtetag in Montreux unter dem Motto «Sharing Economy in der Stadt». Sehen Sie das Sharing als Modeerscheinung oder neues gesellschaftliches Paradigma?

Modeerscheinungen sind häufig das Ergebnis einer neuen Erfahrung und ihr Erfolg hängt davon ab, ob sie auch über die Zeit Bestand haben. Manche sind nur von kurzer Dauer, andere wiederum dauern über Jahre an und setzen sich langsam aber sicher als neues Paradigma durch. Aufgrund der rasanten Entwicklung der neuen Technologien und sozialen Netzwerke geht der Trend heute zur unmittelbaren Verfügbarkeit und vor allem zur Vereinfachung der Verfahren. Es ist ein neuer Lebensstil und es ist sinnlos, sich dagegen aufzulehnen.

Die Dienstleistungen der Sharing Economy boomen. Wie nehmen Sie die Entwicklung in Montreux wahr?

Die Sharing Economy wird sich zweifellos immer weiter entwickeln. Montreux setzt schon seit Jahren im kulturellen und – im

weitesten Sinne – gesellschaftlichen Bereich auf das Prinzip des Austauschs und des Teilens. Dies zeigt sich insbesondere im Studentenaustausch mit unseren Partnerstädten Wiesbaden, Chiba und Xicheng. Ein solcher Austausch ist immer eine grosse Bereicherung. Ich bin überzeugt, dass das Teilen von Wissen, aber auch von bestimmten Gütern, einer harmonischen Entwicklung unserer Gesellschaft nur förderlich sein kann.

Nehmen wir den Tourismus: AirBnB steht für eine ganz neue Dimension der Unterkunftsvermittlung. Was bedeutet dies für Montreux?

Auf der AirBnB-Website ist Montreux mit rund 300 Angeboten vertreten. Diese neue Art der Buchung, Verwaltung und Rechnungsstellung über einen Dritten muss von den gleichen Massnahmen flankiert werden, die auch für die Vermietung von Gästezimmern und ganz allgemein für Einrichtungen gelten, die Übernachtungen anbieten. Es bedarf also nicht nur Qualitätskriterien, sondern auch der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Erhebung der interkommunalen Kurtaxe. In Montreux kommt die Kurtaxe dem Gast direkt zugute, dank der Riviera Card und der zahlreichen mit ihr verbundenen Vorteile, insbesondere die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Wenn alle Beteiligten zufrieden sind, erweist sich die Sache letztlich für die gesamte Gemeinschaft als nutzbringend.

Welche Risiken der Sharing Economy stellen Sie in Ihrer Stadt fest?

Es muss ein Mindestmass an Rahmenbedingungen für diese Art des Teilens geben – ob in Form von Reglementen, Gesetzen, Vorschriften oder Bedingungen um den gegenseitigen Respekt zu garantieren und jede Form des unlauteren Wettbewerbs so weit wie möglich zu verhindern. Daher muss eine Stadt oder Gemeinde nach Wegen zur Festlegung eines entsprechenden Rahmens suchen, damit alle Seiten von der Sharing Economy profitieren können. Es ist eine faire Behandlung aller touristischen Partner zu gewährleisten. Die in diesem Bereich geltenden gesetzlichen Vorschriften sind folglich entsprechend anzupassen. In Montreux sind sich sowohl die politischen Akteure als auch die Akteure der Tourismusbranche der zentralen Bedeutung der sozialen Netzwerke und der neuen Technologien bewusst und nutzen diese neuen Instrumente als Kommunikationsmittel.

Wie sieht Montreux in 20 Jahren aus?

Es wird nach wie vor eine Stadt sein, in der die Menschen gerne leben! Mit einer guten Infrastruktur und einem reichhaltigen und vielfältigen kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Und eine Stadt, die dank ihres Tourismus' – dem wichtigsten «Industriezweig» in Montreux – und dank ihrer Bevölkerung aus mittlerweile 149 Nationen auf der internationalen Bühne genauso präsent ist wie heute.

THEMA

«ShareCity Life»: Wie das Stadtleben der Zukunft vom Sharing profitieren kann

Städte können von der Sharing Economy in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht profitieren. Dies ist aber kein Automatismus, vielmehr empfiehlt sich die systematische Entwicklung einer «ShareCity»-Strategie. Auf Basis von Erkenntnissen zur Funktionsweise der Sharing Economy und unter Einbezug verschiedener Stakeholder kann so die Grundlage für ein Stadtleben der Zukunft, das auch vom Teilen lebt, geschaffen werden.



Prof. Dr. Dominik Georgi
Dozent an der Hochschule Luzern, u.a. mit Forschung in Peer-to-Peer- und Sharing-Economy-Strategien

Schweizer Städte beschäftigen sich zunehmend mit dem Thema Sharing Economy. Eine beherrschende Frage ist dabei die Auseinandersetzung mit internationalen Sharing-Plattformen wie AirBnB und Uber (auch wenn auf diesen streng genommen nicht immer «geteilt» wird im wahrsten Sinne des Wortes). Allerdings sind Sharing-Ansätze in vielen Bereichen des Stadtlebens anzutreffen. Sharing (Economy) ist nicht nur AirBnB und Uber. Neben den genannten zählen hierzu beispielsweise: Car Sharing und Bike Sharing, Co-Working Spaces, «Leihbörsen» für Werkzeuge u.ä., wie die Schweizer Plattform Sharely, Crowdworking-Plattformen wie crowdwerk, skillharbour u.v.m.

«Sharing Ansätze sind in vielen Bereichen des Stadtlebens anzutreffen. Sharing ist nicht nur AirBnB und Uber.»

Viele der Sharing-Angebote werden auf Online-Plattformen organisiert. Daneben findet Sharing vielfach «vor Ort» statt, sei es in den Quartiervereinen oder durch andere Initiativen, wie z.B. der Zeitbörse benevol oder in Garten-Kooperativen.

Ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit durch Sharing

Sharing hat potenziell positive ökologische, ökonomische und/oder soziale Wirkungen. Damit können Städte Sharing-Ansätze nutzen, um ihre eigenen Zielsetzungen zu unterstützen. In ökologischer Hinsicht kann durch Sharing-Ansätze der Ressourcenverbrauch reduziert werden. In ökonomischer Hinsicht können heimische Unternehmen Kosten sparen (z.B. Shop-Sharing), ein hö-

herer Anteil der Bevölkerung kann sich hochwertige, inländische Produkte leisten, und es werden Einkommensmöglichkeiten geschaffen. In sozialer Hinsicht kann Sharing Generationen zusammenbringen und allgemein die soziale Interaktion erhöhen.

«ShareCity»: Ansatzpunkte zur Gestaltung der Sharing Economy durch Städte

Sharing kann also (muss aber nicht) eine gute Sache sein. Daher haben sich einige Städte im internationalen Kontext, wie Singapur, Seoul oder San Francisco, zum Ziel gesetzt, «ShareCity» zu werden. Auch für Schweizer Städte bietet die Sharing Economy Potenziale.

«ShareCity wird man nicht auf Knopfdruck. Man ist darauf angewiesen, dass sich viele Menschen und Organisationen am Sharing beteiligen.»

«ShareCity» wird man nicht auf Knopfdruck. Man ist darauf angewiesen, dass sich viele Menschen und Organisationen am Sharing beteiligen. Hierzu ist es wichtig, die Einflussfaktoren von Sharing zu kennen. Eine Studie der Hochschule Luzern hat drei zentrale Faktoren identifiziert:

1. Community-Gedanke: Man teilt lieber in einer Community mit gemeinsamen Werten.
2. Vertrauen: Nur wenn ich denjenigen, mit denen ich teile, vertraue, habe ich ein Interesse am Teilen.
3. Sharing-Nutzen: Wenn auch auf den ersten Blick überraschend, ist der Sharing-Gedanke an sich oft nicht Haupttreiber der Sharing-Beteiligung. Das Sharing-Angebot muss einen Mehrwert mitbringen, beispielsweise in funktionaler, finanzieller, emotionaler oder sozialer Hinsicht.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen existieren für Städte zahlreiche Ansatzpunkte

einer «ShareCity»-Strategie, um die Sharing-Welle in die eigene Stadt zu tragen und davon zu profitieren. Dazu gehören:

- Bottom-up-Unterstützung von bestehenden, lokalen Sharing-Initiativen, um deren Motivation zu fördern und zu nutzen;
- Bieten einer Plattform für bestehende Sharing-Initiativen;
- Vorbildfunktion beim Teilen (z.B. Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden für andere Zwecke, Nutzung von Bike Sharing durch die Stadt-Angestellten);
- Startfinanzierung (z.B. im Rahmen eines Fonds oder Wettbewerbs);
- Schaffen von Rahmenbedingungen, die einen Mehrwert durch Sharing ermöglichen (z.B. Extraspuren für Fahrgemeinschaften).

In vielen Städten existieren erste Ansätze einer «ShareCity». Die Entwicklung dahin ist aber ein weiter Weg. Die Veränderung menschlichen Verhaltens geschieht nicht von heute auf morgen, und mit der Implementierung einer SmartCity-Software ist es nicht getan. Erfolgversprechend ist eine systematische Herangehensweise im Sinne einer «ShareCity»-Strategie, gekoppelt mit Pilotprojekten, die den Sharing-Gedanken sichtbar und erlebbar machen.

Prof. Dr. Dominik Georgi leitet das Projekt «ShareCity», das ein Team der Hochschule Luzern, unterstützt und finanziert durch die Stiftung Mercator Schweiz, durchführt. Sparringspartner im Projekt ist das Amt für Umwelt und Energie der Stadt St.Gallen. Das Projekt wird begleitet durch eine Expertengruppe, der auch der Schweizerische Städteverband angehört.

In dem Forschungsprojekt wird das Sharing-Verhalten von Individuen untersucht. In qualitativen Interviews und einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung wurden Einflussfaktoren und Wirkungen des Sharing-Verhaltens untersucht.

Zudem wird im Projekt ein Framework zur Entwicklung von «ShareCity»-Strategien erarbeitet. Dies erfolgt in einem partizipativen Prozess mit VertreterInnen der Stadt St.Gallen und Stakeholdern der Stadt.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Das Parlament hat in der Sommersession mehrere Geschäfte zum Abschluss gebracht, unter anderem die Neue Finanzordnung 2021, die Revision des Ausgleichfondsgesetzes sowie das Klimaübereinkommen von Paris. Die mit der Neuen Finanzordnung 2021 beschlossene Verlängerung der Erhebung der Mehrwert- und der Bundessteuer bis 2035 untersteht dem obligatorischen Referendum.

Energiedebatte bleibt kontrovers

Mit der Ratifikation des Klimaübereinkommens von Paris verpflichtet sich die Schweiz, den Treibhausgasausstoss bis 2030 um 50 % gegenüber 1990 zu senken. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für die Vorlage ausgesprochen. Die einzelnen Massnahmen zur Erreichung des Ziels wird das Parlament mit der Totalrevision des CO₂-Gesetzes festlegen.

Nichts wissen wollte der Ständerat, wie schon zuvor der Nationalrat, von der Ablösung des jetzigen Fördersystems für erneuerbare Energien durch ein Klima- und Energielenkungssystem KELS. Dieses war vom Bund als zweite Etappe der Energiestrategie 2050 vorgesehen gewesen. Ob trotzdem im Rahmen einer Gesetzesvorlage eine neue Variante eines Lenkungssystems vorgelegt wird, ist zurzeit noch offen.

Für die Energiewende muss ausserdem das Stromnetz den neuen Bedingungen angepasst werden. Der Nationalrat stimmte für die Vorlage, die unter anderem Kriterien für die Entscheidungsfindung «Kabel oder Freileitung» vorsieht. Uneinig sind sich die Räte noch über die Abgeltung der intelligenten Mess- und Steuersysteme.

Mitwirkungsrechte bei Bahnaufgaben

Die Organisation der Bahninfrastruktur sieht vor, den gleichberechtigten Zugang aller Bahnunternehmen zum Schienennetz durch eine unabhängige Vergabestelle zu gewährleisten. Der Nationalrat hatte die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen, weil er in einigen Punkten nicht einverstanden war. So will er die Mitwirkungsrechte der betroffenen Akteure bei Systemaufgaben stärken und die Bestimmungen zu den Passagierrechten in einer separaten Vorlage behandeln. Der Ständerat ist hingegen der Ansicht, dass die notwendigen Korrekturen im parlamentarischen Prozess vorgenommen werden können. Er lehnte deshalb den Rückweisungsantrag ab. Für den Städteverband ist wichtig, dass nicht nur die Mitwirkungsrechte der Kantone bei Systemaufgaben gestärkt werden, sondern auch die Kompetenz der Gemeinden gewahrt bleibt.

Kostendruck auf die Sozialversicherungen

Um den Kostenanstieg bei den Ergänzungsleistungen EL einzudämmen, hat der Ständerat die Reform in Angriff genommen. Ein wichtiger Pfeiler der Vorlage sind Einschränkungen beim Bezug von Kapital aus dem obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge. Im Gegenzug sollen die sogenannten Mietzinsmaxima, die maximale Anrechnung der Miete an die EL, angehoben werden. Der Ständerat möchte ein regional abgestuftes System, das die höheren Mietpreise in den urbanen Zentren berücksichtigt. Der Bedarf einer EL-Reform ist für den SSV unbestritten, denn auch für die kommunale Ebene steigen die Kosten in diesem Bereich wesentlich.

Regionale Kriterien für Post-Schliessungen

Die Post möchte bis 2020 gegen 600 Poststellen umwandeln. Im Parlament regt sich Widerstand gegen diese Pläne. Der Nationalrat stimmte nun u.a. einer Motion seiner Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen über die Postgesetzgebung zu. Diese verlangt, dass die Kriterien für die Erreichbarkeit künftig auf regionaler Ebene festgelegt werden, statt wie bisher landesweit. Der Städteverband fordert, dass in städtischen Gebieten auch Kriterien wie die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftsstruktur berücksichtigt werden.

Vernehmlassungen

E-ID Gesetz: Herausgabe einer digitalen Identität ist Aufgabe des Bundes

Der Städteverband unterstützt grundsätzlich die Schaffung einer nationalen digitalen Identität. Das vorliegende Konzept mit einer Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt lehnt er jedoch ab. Die Herausgabe einer digitalen Identität – gleich wie bei den analogen Identitätspapieren – gehört für die Mehrheit der Städte zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Der Städteverband beantragt daher, dass der Bund die Vorlage überarbeitet und entsprechend ergänzt. Falls das Konzept mit einer ID-Ausgabe durch Private weiterverfolgt wird, so muss auf Bundesebene eine zentrale Anlaufstelle für Wissenstransfer und Koordinationsaufgaben geschaffen

werden. Unklar sind aus städtischer Sicht die Folgekosten für die Verwender eines E-ID-basierten Dienstes (bspw. für Zertifizierungen). Um eine rasche flächendeckende Verbreitung der E-ID auf allen drei Staatsebenen sicherzustellen, sind vom Bund auch Mittel für Anschubfinanzierungen bereitzustellen.

ATSG-Revision: Unentgeltliche Rechtspflege weiterhin ermöglichen

Verschiedene Gerichtsurteile machen Anpassungen im Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ATSG notwendig. So muss etwa eine juristische Grundlage für die Arbeit von sogenannten «Sozialdetektiven» geschaffen werden. Die Revision schafft zudem die Möglichkeit, verurteilten Straftätern, die sich dem Massnahmenvollzug entziehen,

die Leistungen zu kürzen. Der Städteverband unterstützt dieses Vorgehen. Er kritisiert in seiner Stellungnahme aber die vorgeschlagene Einschränkung der unentgeltlichen Rechtspflege für Personen, die Leistungskürzungen anfechten möchten. Es ist zu befürchten, dass dadurch Klienten auf einen Rekurs verzichten, die weiterhin Anspruch auf Versicherungsgelder hätten. Werden Personen ungerechtfertigt Sozialversicherungsleistungen verwehrt, so hat dies oft zur Folge, dass die kantonale oder kommunale Sozialhilfe die Unterstützung übernehmen muss.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Steuervorlage 17: Keine Abstriche bei Kantonen und Gemeinden



Der Bundesrat hat Eckwerte einer neuen Reform der Unternehmensbesteuerung fertigelegt. Für den Städteverband geht die Steuervorlage 17 grundsätzlich in die richtige Richtung. Dass der Bundesrat den Kantonsanteil an den Bundessteuern nun aber lediglich bei 20,5 Prozent ansetzen will, ist unverständlich. Der Städteverband wird dafür kämpfen, dass dieser mindestens 21,2 Prozent beträgt. Überdies muss die Beteiligung der Gemeinden an den Ausgleichszahlungen des Bundes klar geregelt sein. Gefordert sind nun auch die Kantone: Von ihren Entscheidungen hängt wesentlich ab, wie sich die Vorlage für Städte und Gemeinden letztlich auswirkt. Daher fordert der SSV, dass die kantonalen Umsetzungsprojekte rasch und in Absprache mit den Gemeinden aufgelegt werden. Nur so sind Transparenz und Berechenbarkeit der Vorlage gewährleistet – eine Voraussetzung, soll die dringende Reform diesmal gelingen.

Städteverband unterstützt Reform der Altersvorsorge



Der Städteverband unterstützt das Reformpaket «Altersvorsorge 2020», das am 24. September zur Abstimmung gelangt. Der Vorstand hat die «Ja»-Parole gefasst. Die vorliegende Revision ist ein Kompromiss, der es ermöglicht, die Finanzierung der Renten bis 2030 abzusichern und die Altersvorsorge an die demografische Entwicklung anzupassen. Die Reform schafft so Zeit, um die Stabilität des Vorsorgesystems längerfristig zu prüfen und allfällige weiterführende Reformen zu erarbeiten. Aus Sicht der Städte ist zudem wichtig, dass das Rentenniveau erhalten bleibt, um eine zusätzliche Belastung der kantonal und kommunal finanzierten Ergänzungsleistungen zu verhindern.

www.staedteverband.ch

Städteinitiative Sozialpolitik verabschiedet Positionspapiere zur Integration



Die Städteinitiative Sozialpolitik hat zwei Grundlagenpapiere zur Asyl- und Integrationspolitik verabschiedet. Die Städte bekräftigen darin ihre Bereitschaft, in der Migrati-

onspolitik aktiv mitzuwirken und betonen ihre Rolle als Zufluchtsorte. Gleichzeitig fordern sie von Bund und Kantonen, dass die Prozesse in der Integrationspolitik überprüft und verbessert werden. Die verschiedenen Massnahmen der Integration – beispielsweise Praktika, Arbeitseinsätze, Sprachkurse, aber auch Information und Beratung – sollten genauer aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist, dass mehr Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene Arbeit finden.

www.staedteinitiative.ch

Lärmbekämpfung bei Strassen im Fokus der OKI-Mitgliederversammlung



Lärmbekämpfung bei Strassen bleibt für Städte und Gemeinden auch nach Ablauf der Sanierungsfristen im März 2018 eine Pflicht.

Besonders kostengünstig sind Massnahmen «an der Quelle», wie Urs Walker, Leiter der Abteilung Lärm und NIS beim Bundesamt für Umwelt, an der Mitgliederversammlung der Organisation Kommunale Infrastruktur OKI im Rahmen der SuissePublic ausführte. Dabei ist Tempo 30 auch auf besonders lauten städtischen Hauptstrassen eine Möglichkeit und wird derzeit in der Stadt Zürich getestet. Als Nachfolger von Bernhard Jurt, der sich 12 Jahre im Vorstand und 28 Jahre für OKI engagierte, wählte die Mitgliederversammlung Stephan Flury aus Sarnen neu in den Vorstand.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Erstes Frühlingseminar Netzwerk Lebendige Quartiere



Rund 70 Personen haben in Bern Möglichkeiten diskutiert, wie Quartierentwicklung trotz knapper Ressourcen gelingen kann.

Wichtige Erkenntnis: Entscheidend sind nicht nur finanzielle Mittel – ein Quartier kann sich durchaus selber entwickeln, sofern die Voraussetzungen für ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement gegeben sind. Zusätzliche finanzielle Unterstützung bieten etwa Stiftungen oder Bundesprogramme. Eine weitere Tagung zum Thema findet am 22. August 2017 in Bern statt: Um die Erfahrungen aus dem Programm «Projets urbains» auszuwerten und Praxisbeispiele aufzuzeigen, organisiert der Bund eine nationale Abschlussstagung.

www.lebendige-quartiere.ch

www.projetsurbains.ch

Kurzmeldungen

pusch-Tagung für Gemeindewerke

Die Energiewende stellt die Gemeindewerke vor Herausforderungen. Die Stiftung Praktischer Umweltschutz pusch thematisiert an einer Tagung politische Rahmenbedingungen und technologische Entwicklungen und zeigt Praxisbeispiele auf.

www.pusch.ch

Freiwilligen-Marktplatz benevol

benevol-jobs.ch ist die grösste Schweizer Plattform für Freiwilligenarbeit. Städten und Gemeinden bietet sie die Möglichkeit, Vereine und Organisationen bei der Ausschreibung von Einsätzen zu unterstützen. Der Marktplatz kann u.a. über eine Schnittstelle auf der Gemeinde-Webseite eingebunden werden.

www.benevol-jobs.ch

Verdichten in Wohnquartieren

Das Weiterbauen in bestehenden Einfamilienhausquartieren ist komplex. Im Rahmen der Strategie MetamorphHouse sollen über die Einbindung von Hauseigentümern zusätzliche Wohneinheiten in Wohnquartieren geschaffen werden. In einem partizipativen Prozess werden die Vorstellungen der Hausbesitzer mit ihren verfügbaren Baureserven in Bezug gebracht und konkrete Projekte zur Innenentwicklung skizziert. In Villars-sur-Glâne (FR) wurde ein erster Pilot umgesetzt.

www.bwo.admin.ch

Gesundheitsförderung und Prävention

Lancy (GE), Schaffhausen (SH) und Kriens (LU) haben den Preis «Gesunde Gemeinde/Stadt» 2017 erhalten. Mit ihren Projekten in der Gesundheitsförderung und Prävention tragen sie langfristig zur Lebensqualität in ihren Gemeinden bei.

www.radix.ch

Text für neue Landeshymne

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG hat einen neuen Text für die Landeshymne erarbeitet. Ziel der SGG ist es, dass am 1. August 2017 neben den Strophen des «Schweizerpsalms» in möglichst vielen Schweizer Gemeinden auch die Strophe «Weisses Kreuz auf rotem Grund» gesungen wird.

www.nationalhymne.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 31. August 2017/
1. September 2017** **Städtetag 2017** in Montreux
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 17. Oktober 2017** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: www.lebendige-quartiere.ch
- 2. November 2017** **Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt»** in Solothurn
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 17. August 2017** **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität SKM** in Bern
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 8. September 2017** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Bildung**
Information: www.staedteinitiative-bildung.ch, Telefon 052 267 55 18, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 22. September 2017** **Fachveranstaltung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch
- 26./27. Oktober 2017** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Lugano
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 3. November 2017** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

- 5. Juli 2017** **Schweizer Fachtagung zu Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten** in Zürich
Information: www.sifg.ch
- 22. August 2017** **Nationale Tagung «Projets urbains - Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten»** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.are.admin.ch
- 23. August 2017** **openaxs FTTH Conference zu Smart City** in St.Gallen (Patronat SSV)
Information: www.openaxs.ch
- 25. August 2017** **Pusch-Tagung «Die Energiewende als Chance für Gemeindewerke»** in Zürich (Patronat SSV)
Information: www.pusch.ch
- 8. September 2017** **VLP-ASPAN Kongress «Verdichtung – zwischen Qualität und Rendite»** in Solothurn (Patronat SSV)
Information: www.vlp-aspan.ch
- 21. September 2017** **sia-Tagung «Mehr als Gestaltung. Öffentliche Plätze 4.0»** in Zürich (Patronat SSV)
Information: www.sia.ch
- 22. September 2017** **Schweizer Wohnbaugenossenschaften «Wohnen für alle: Wunschtraum oder Wirklichkeit?»** in Luzern
Information: www.forum-wohnen.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
 Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Miriam Flury, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Lucas Müller, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb
 Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1; zvg; Bild Seite 2: zvg
 Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
 Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch